

## Sitzungsniederschrift

### 15. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration

Sitzungsort: <b>Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.105/1.106, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>01.10.2024</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>16:42 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Forster, Hans	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Jann Ennen
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
de Vries, Kevin	SPD	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Ihmels, Beate	SPD	Vertretung für Herrn Timo Seeberg
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Harald Tammen
Krüsmann, Enno	SPD	
Ubben, Heinrich	FW im Landkreis Aurich	Vertretung für Herrn Wilhelm Reinken
Ubben, Hilde	FW im Landkreis Aurich	
Weilage, Udo	CDU/FDP	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Frieden, Helene		Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband Weser-Ems
Köhler, Jörg		Erwerbslosen/Arbeitsloseninitiative
Pieschke, Bärbel		Behindertenbeauftragte
Saathoff, Peter		Sozialverband Deutschland, Kreisverband Aurich-Norden

**Verwaltung**

de Groot, Jens	Amt für Jugend und Soziales
de Vries, Enno	Stellv. Leiter Amt für Jugend und Soziales
Falterbaum, Annalena	Amt für Jugend und Soziales
Herrmann, Darinka	Gleichstellungsbeauftragte
Müller, Michael	Leiter Amt für Jugend und Soziales
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Sasse, Tjark	Amt für Jugend und Soziales
Winzenborg, Silke	Protokollführerin

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

Biller, Anita	SPD
Ennen, Jann	CDU/FDP
Reinken, Wilhelm	FW im Landkreis Aurich
Seeberg, Timo	SPD
Tammen, Harald	CDU/FDP

**Grundmandat**

Stauß, Detlef	AfD
---------------	-----

**Beratende Mitglieder**

Caspers, Matthias	Arbeitergemeinschaft der Wohlfahrtspflege
Hülsebus, Dieter	Arbeitergemeinschaft der Wohlfahrtspflege
Tobiassen, Bernd	Ausländerbeauftragter

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil:

- |    |   |
|----|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung   |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit                  |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung   |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.05.2024 - öffentlicher Teil - |
| 5. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.06.2024 - öffentlicher Teil - |



6.	Einwohnerfragestunde
7.	Sachstandsbericht Flüchtlingsituation
8.	Vorstellung des Projektes Demokratie Leben durch die KVHS
9.	Vorstellung Integration Lerntreff durch die KVHS
10.	Überörtliche Prüfung gem. §§ 1 bis 4 NKPG; Gesamt- und Teilhabeplanung SGB IX Vorlage: X-MV/2024/026
11.	Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
12.	Einwohnerfragestunde
13.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

**TOP 1**      **Eröffnung der Sitzung**

**Vorsitzender Forster** eröffnete um 15.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

---

**TOP 2**      **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Vorsitzender Forster** stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

---

**TOP 3**      **Feststellung der Tagesordnung**

**Vorsitzender Forster** stellte die Tagesordnung fest. Es lagen keine Anmerkungen vor.

---

**TOP 4**      **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.05.2024 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 13.05.2024 wurde bei vier Enthaltungen - wegen Nichtteilnahme- genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 8      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 4  
➔ **einstimmig beschlossen**

---



**TOP 5**      **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.06.2024 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 18.06.2024 wurde bei drei Enthaltungen - wegen Nichtteilnahme- genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 3  
⇒ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 6**      **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

---

**TOP 7**      **Sachstandsbericht Flüchtlingssituation**

**Vorsitzender Forster** übergab das Wort an **Herrn Enno de Vries, stellvertretender Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**. Dieser stellte den aktuellen Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation vor und erläuterte die Aufnahmesituation für den Zeitraum vom 01. April 2024 bis zum 30. September 2024. Er erklärte, dass das aktuelle Auslastungssoll bei 88 % liege und dass die Belegungskapazitäten auskömmlich seien (Anlage 1).

**Abgeordnete Ubben** fragte nach der Bedeutung der Abkürzungen AFG und HAP. **Herr de Vries** erklärte, dass es sich dabei um spezielle Personengruppen handele, die gesondert dargestellt werden müssten.

Weiter erklärte **Herr de Vries**, dass die Notunterkünfte in Norden an der Mackeriege und in Wiesmoor an der Hauptstraße aus dem Programm genommen worden seien. Er fügte hinzu, dass eine neue Unterkunft zum 01. November 2024 in Georgsfeld im ehemaligen WfB-Heim eröffnet werde.

**Abgeordneter Bargmann** fragte, wie sich der Wohnraum im Landkreisgebiet verteile.

**Herr Saathoff von der KVHS** berichtete, dass sich die Wohnungen über das gesamte Kreisgebiet verteilen. Er kündigte an, dass eine Aufstellung nachgereicht werde.

*Die Aufstellung wurde nachgereicht und die Wohnungen verteilen sich folgendermaßen:*

*Aurich (87), Norden (55), Wiesmoor (17), Dornum (28), Großefehn (24), Großheide (16), Hinte (13), Ihlow (5), Krummhörn (9), Südbrookmerland (27), Brookmerland (18), Hage (38).*

**Abgeordneter Fohrden** wollte gerne wissen, warum zwei Notunterkünfte geschlossen und eine neue Unterkunft eröffnet worden seien. Er merkte an, dass dies bestimmt Kosten verursacht habe.



**Herr de Vries** erläuterte, dass die Wohnung in Wiesmoor aufgrund eines Brandes nicht mehr belegt werden könne. Weiterhin sei die Wohnung in Norden aufgrund der Gegebenheiten vor Ort schwer zu belegen. Er fügte hinzu, dass die Unterkunft keine dauerhafte Lösung gewesen sei, da es sich eigentlich um Büroräume handele. Für die Zukunft sei die neue Notunterkunft in Georgsfeld besser nutzbar.

**Abgeordneter Kevin de Vries** betrat um 15:11 Uhr die Sitzung.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** betonte, dass das Gebäude an der Mackeriege als Notunterkunft genutzt worden und nicht für eine dauerhafte Unterbringung ausgelegt sei.

Im Anschluss an den Bericht von **Herrn de Vries** übergab **Vorsitzender Forster** das Wort an **Herrn Saathoff von der KVHS, Standortleiter Aurich**. **Herr Saathoff** berichtete anhand der Präsentation (Anlage 2) über die Flüchtlingsarbeit auf dem Kasernengelände in Aurich. Er gab einen Überblick darüber, was auf dem Kasernengelände mit den 699 Personen gemacht werde und was für diese Personen geschaffen worden sei. Er erklärte, dass die Personen bei den Behördengängen begleitet würden und dass die Einrichtung eines Bankkontos von Bedeutung sei.

**Abgeordnete Ubben** fragte daraufhin, ob die Personen bei der Einreise immer erst nach Utlandshörn kommen. Dann hätten die Personen doch bereits bei Ankunft in der Kaserne ein Bankkonto. **Herr Saathoff** stimmte zu, dass zunächst immer Utlandshörn die erste Auflaufstelle für die Erstregistrierung sei. Ein Bankkonto können sie während des Aufenthalts in Utlandshörn meistens noch nicht erhalten, da die benötigten Papiere zur Eröffnung des Kontos nicht rechtzeitig vorhanden seien.

Weiter erläuterte **Herr Saathoff**, dass die Personen auf dem Kasernengelände ihre Post eigenständig holen müssten. Dies sei von 08:00 Uhr bis 10:00 Uhr möglich. Sie müssten sich diesbezüglich selbst organisieren und Eigenverantwortung übernehmen.

**Herr Köhler** interessierte sich dafür, ob die Verständigung bei einer Hebammenstunde vorhanden sei. **Herr Saathoff** erklärte, dass es einen Verwaltungsbereich mit einem Ärztezimmer gebe und dass ein Sprachmittler der KVHS zur Verfügung stehe. Die Verständigung sei daher gewährleistet.

**Herr Saathoff** berichtete weiter, dass verschiedene Maßnahmen und Projekte installiert worden seien. Bei der Maßnahme AktivPlus sollten die Menschen aktiv werden und Arbeit aufnehmen. Zurzeit würden etwa 260 Menschen in dieser Maßnahme betreut. Außerdem gebe es noch AGH-Maßnahmen, die als sogenannte 1-Euro-Kräfte bekannt seien. Für die jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 25 Jahren seien Jugendwerkstätten vorgesehen. Zudem gebe es Trainingsmaßnahmen auf dem Kasernengelände. Das Ziel sei es, dass die Personen einer sinnvollen Beschäftigung nachgingen.

Weiterhin gebe es noch sonstige Angebote. Es fänden Fußballturniere statt, und einmal in der Woche werde ein Fußballtraining durchgeführt. Dies belebe die Gemeinschaft. Eine Müllsammelaktion in Utlandshörn und auf dem Kasernengelände sei veranlasst worden, und ein Gewächshaus sei errichtet worden. Ein gelungenes Angebot sei zudem die Errichtung von Sitzmöglichkeiten auf dem Kasernengelände gewesen. Die Personen auf dem Kasernengelände hätten mit Begeisterung beim Aufbau der Tische und Bänke geholfen.

**Abgeordneter Krüsmann** fragte, ab wann eine Teilnahme in einer Maßnahme möglich sei. **Herr Saathoff** erklärte, dass dies individuell zu betrachten sei. Je nach Rechtslage, ob die Person SGB II-Leistungen oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalte.

**Herr Köhler** gab einen Hinweis auf den Präventionsrat, der wieder aktiviert werden solle. Dies wäre eine Möglichkeit, Maßnahmen zu verknüpfen. Es habe zudem eine größere Runde bei Herrn Zwerg, dem Leiter der Polizeiinspektion Aurich/Wittmund, stattgefunden. Die Beteiligten seien sehr interessiert daran, den Präventionsrat wieder ins Leben zu rufen.

**Herr Saathoff** bedankte sich für den Hinweis und ging auf die Aufschlüsselung der 699 Personen ein, die auf dem Kasernengelände wohnhaft sind.

Im Anschluss fragte **Abgeordnete Ubben**, ob die sechs Auszubildenden ihre Ausbildung auf dem Kasernengelände absolvieren würden. **Herr Saathoff** verneinte dies und teilte mit, dass die Ausbildung in verschiedenen Betrieben absolviert werde.

**Abgeordneter Behrends** erkundigte sich nach den Tätigkeiten der Alleinreisenden. **Herr Saathoff** erklärte, dass diese Aufgaben sehr vielfältig seien. So würden sie unter anderem beim Paketdienst tätig sein, Essen ausliefern, in einer Reinigungsfirma arbeiten und als Maler beschäftigt sein.

**Abgeordneter Albrecht** fragte, ob die Firmen den Mindestlohn zahlen. **Herr Saathoff** erklärte, dass man davon ausgehen könne und erklärte, dass die Rechte der Beschäftigten gewahrt würden.

**Abgeordnete Albers** zeigte Interesse daran, ob es noch ehrenamtliche Sprachmittler gebe. **Herr Saathoff** bejahte dies und fügte hinzu, dass die Koordinierung über die KVHS erfolgt.

**Vorsitzender Forster** erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Mittelkürzungen vom Bund zum Thema Sprachkurse. **Herr Saathoff** teilte mit, dass die Gefahr weiterhin bestünde und die Bundesmittelkürzungen noch im Raum stünden.

**Frau Frieden** ergänzte, dass die Mittel für Integrationskurse im Bundeshaushalt um 50 % gekürzt werden sollen, was sie als eine dramatische Entwicklung bezeichnete.

**Vorsitzender Forster** erklärte, dass der Ausschuss appellieren sollte, die Mittel weiterhin bereitzustellen, da dies ein wichtiges Thema sei. Er lobte die Arbeit und den Einsatz im Landkreis Aurich und hob hervor, dass der Landkreis Aurich, die KVHS, die Johanner, das DRK sowie die Ehrenamtlichen gute Arbeit leisten.

Zudem schlug **Vorsitzender Forster** vor, in der nächsten Sitzung einen Asylsuchenden einzuladen, der einen Beitrag im Ausschuss halten und seinen Lebensweg von der Einreise bis zur Integration aufzeigen könne.

gramm seit 2015 existiere und dass die lokalen Partnerschaften für Demokratie (PFD) ein Teil dieses Programms seien. Der Landkreis Aurich sei von Anfang an dabei gewesen. **Frau Dr. Weinbach** berichtete, dass sie seit Mai 2024 für das Programm zuständig sei und dass das Projekt bei der KVHS Aurich-Norden am Standort Norden angesiedelt sei.

Des Weiteren gab sie einen Überblick über die Aufgaben, die Projekte für 2024 und weitere Aktivitäten der PFD und stellte einen Ausblick für 2025 vor. Sie betonte, dass es wichtig sei, junge Leute zu gewinnen und sie frühzeitig abzuholen.

**Herr Köhler** wies darauf hin, dass der Begleitausschuss „Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Aurich“ sehr gute Arbeit im Landkreis leiste.

**Abgeordneter Behrends** bedankte sich für den Vortrag sowie für die geleistete Arbeit und erklärte, dass es wichtig sei, die Jugendlichen anzusprechen.

**Vorsitzender Forster** äußerte den Wunsch, dass die Bundesmittel hierfür nicht gekürzt werden. Außerdem wies er auf die Arbeitsgemeinschaft „Extremismus“ hin und betonte, dass das Ziel darin bestehe, die Demokratie zu stabilisieren. Er hielt es für wünschenswert, eine Vernetzung zwischen dem Ausschuss und der Arbeitsgemeinschaft herzustellen.

Zudem bedankte sich **Vorsitzender Forster** bei **Frau Dr. Weinbach** für ihren Vortrag.

---

#### **TOP 9**      **Vorstellung Integration Lerntreff durch die KVHS**

**Vorsitzender Forster** übergab das Wort an **Frau Daphne Mariebelle Eich, Fachbereichsleiterin bei der KVHS**. Sie berichtete über den Lerntreff (Anlage 4) und erklärte, dass es im gesamten Kreisgebiet verschiedene offene Lerntreffs gebe. Diese Angebote werden auf einem niederschweligen Niveau bereitgestellt, um den (Wieder-)Einstieg ins Lernen in einer entspannten Atmosphäre zu ermöglichen. Darüber hinaus fänden regelmäßige Aktionen und Ausflüge statt.

**Vorsitzender Forster** bedankte sich für den Vortrag.

---

#### **TOP 10**      **Überörtliche Prüfung gem. §§ 1 bis 4 NKPG; Gesamt- und Teilhabepanung SGB IX** **Vorlage: X-MV/2024/026**

**Vorsitzender Forster** übergab das Wort an **Herrn Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**. **Herr Müller** erläuterte die Prüfmitteilung vom 20. Dezember 2023 zur Gesamt- und Teilhabepanung gemäß SGB IX anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 5).

Zunächst ging **Herr Müller** auf die überörtliche Prüfung ein. Er erklärte, dass die überörtliche Prüfung dem Landesrechnungshof als Prüfbehörde obliege und mit einem Prüfbericht abschließe. Bei zehn Kommunen seien die Gesamt- und Teilhabepanungen nach dem SGB IX geprüft worden. Weiter erläuterte er, wann das SGB IX bei Kindern greife und dass das Gesamt- und Teilhabeverfahren als neues Instrument im Jahr 2018

eingeführt worden sei. Das neue Verfahren stelle einen deutlichen Mehraufwand dar. Ziel der Prüfung sei es gewesen, den Umsetzungsstand in den Kommunen festzustellen.

Zu den im Prüfungsbericht enthaltenen Punkten erklärte **Herr Müller**, dass während des Projektzeitraums das Gesamt- und Teilhabepflanverfahren im Poolmodell für das SGB IX permanent evaluiert und überarbeitet wurde. Die dahingehenden Anforderungen werden insoweit erfüllt. **Herr Müller** berichtete weiter, dass zum im Prüfungsbericht angesprochenen Abrechnungsverfahren ebenfalls Anpassungen vorgenommen wurden.

**Abgeordnete Ihmels** fragte in Bezug auf den Prüfbericht, ob der Personalmangel behoben worden sei, da die Zielvereinbarungen nicht ordnungsgemäß gewesen seien.

**Herr Müller** teilte mit, dass der Personalmangel derzeit nicht behoben werden könne, da die vorgegebenen Ziele mit dem aktuellen Personalschlüssel nicht leistbar seien. Zudem erklärte er, dass die Bedarfsermittlung sehr komplex sei.

**Abgeordnete Ihmels** wies darauf hin, dass die Kommunen nicht in der Lage seien, das zu leisten, was der Gesetzgeber fordere. Sie betonte, dass der Schlüssel geändert werden müsse.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** erläuterte, dass das Land neue Aufgaben schaffe und als Kostenträger den Personalschlüssel vorgebe. Er wies darauf hin, dass der Personalschlüssel jedoch nicht auskömmlich sei, um die Aufgaben zu bewältigen.

**Abgeordneter Fohrden** fragte, ob genügend Kräfte über die AuNo eingestellt worden seien und ob noch Bedarf bestehe.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärte, dass ausreichend Personal für die Schulbegleitung vorhanden sei.

**Abgeordnete Albers** erkundigte sich, ob Teilhabekonferenzen stattfänden. **Herr Müller** antwortete, dass diese stattfinden würden und dass der Punkt in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden könne.

---

#### **TOP 11**      Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

**Herr Peter Saathoff** wies auf die Schwierigkeiten mit der Wohnungsbaugesellschaft LEG hin und berichtete von massiven Problemen. Er betonte, dass das Thema weiterhin im Ausschuss behandelt werden solle.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** äußerte Bedenken, ob die Aufgabenstellung tatsächlich im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses liege. Er stellte klar, dass es sich um ein privatrechtliches Verhältnis handle und dass die Schwierigkeiten keine politische Entscheidung seien.

**Herr Peter Saathoff** erklärte, dass die Heizkosten bei der LEG erheblich gestiegen seien. Diese Erhöhung der Kosten würde auch auf den Landkreis umgelegt werden, da die Mieter überwiegend Sozialleistungsempfänger seien. Dies könnte zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung für den Landkreis führen.



**Erster Kreisrat Dr. Puchert** stimmte dem zu, betonte jedoch, dass die Angemessenheitsgrenze nicht überschritten werden dürfe.

**Herr Köhler** kritisierte die Intransparenz der LEG und merkte an, dass die Nebenkostenabrechnungen nicht nachvollziehbar seien. Er stimmte zu, dass es für den Landkreis schwierig sei, dort einzugreifen. Dennoch sah er eventuell Möglichkeiten, Druck auf den Vermieter auszuüben oder ihn aufzufordern, transparente Nebenkostenabrechnungen zu erstellen. Weiterhin erklärte **Herr Köhler**, dass bereits ein Schreiben vom Caritasverband, der Diakonie und dem DRK an den Landkreis Aurich versendet worden sei.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** schlug vor, das Thema aufzuarbeiten und in einer der nächsten Sitzungen zu erörtern.

**Abgeordneter Kevin de Vries** bat darum, das angesprochene Schreiben dem Protokoll beizufügen (Anlage 6).

---

**TOP 12**      **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

---

**TOP 13**      **Schließung der Sitzung**

**Vorsitzender Forster** schloss die Sitzung um 16:42 Uhr.

---

gez. Forster  
Vorsitzender

---

Gez. Winzenborg  
Protokollführerin